Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
 Abonnementspreis (incl. „Die Neue Welt“) durch die Post bezogen ohne Bringsel monatlich
 M. 1,20, vierteljährlich M. 3,60; durch die Kolportage monatlich 30 Pf. incl. Post.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
 Kreuzbandabonnement monatlich M. 2,70, für das Ausland monatlich M. 3,50.

Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock, Hamburg 36
Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoss.
 Verantwortlicher Redakteur: Karl Petersen in Hamburg.

Anzeigen die sechsgehaltene Zeitschrift über deren Raum 35 A. Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 20 A. Anzeigen-Annahme Fehlandstr. 11, Erdgeschoss bis 5 Uhr Nachmittags, in den Pöhlen bis 4 Uhr Nachm.), sowie in allen Annoncen-Büros, Weg- u. Telefonnummern eine Preisliste. (Weniger in relationellen Teil werden mehr gratis nach gegen Entgelt aufgenommen. Buchhandlung und Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstr. 11, Erdgeschoss.)

Filialen: St. Pauli bei Feinr. Koenen, Sophienstr. 44. Elmshüttel, Langeufelde bei Carl Dreier, Fruchtkalle 42, Elmshüttel, Hohelnst, Eppendorf, Groß-Vorfeld und Winterhude bei Ernst Großkopf, Lehweg 51, Eppendorf. Varnbeck, Nollendorf bei Theodor Petersen, Bachstr. 12, Varnbeck. Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn, Schiffsdorf und Billwärder bei Carl Orla, Baustr. 26, Borgfelde. Hammerbrook, Rotenburgerort und Veddel bei Rud. Hüfner, Hüfnerstr. 11, Hammerbrook. Altona bei Friedr. Ludwig, Birgerstr. 118. Ottenhof, Vahrenfeld bei Joh. Heine, Vahrenfelderstr. 129, Ottenhof.

Hierzu zwei Beilagen. Schöne Worte.

Der neue Staatssekretär im Reichsamt des Innern, Herr von Bethmann-Hollweg, versteht sich auf schöne Worte und solche verstehen niemals ihre Wirkung. Er hat einige Ausstellungen getan, die sich im Gegensatz zu jenem schmerzhaften Bureaufatismus, der von Preußen auf das Reich übergegangen ist; er hat gesagt, es gebe im Reich zu viel Reglementen und zu viele Beamte, und er hat dem Abgeordneten Naumann zugestimmt, weil dieser von der Fülle der dürren Gesetzesparagrafen, an den Menschen wie er lebt und atmet, an die humane Gefinnung des Menschen appelliert habe. Der Staatssekretär fügte noch hinzu, man könne bei der gesamten Verwaltung solche Gesichtspunkte „vielleicht mehr“ in's Auge fassen.

Zugegeben, daß man im Reichstage von den Sätzen der verbündeten Regierungen aus solche Worte nur selten hört. Die liberale Presse ist dem auch gleich aus dem Häuschen; eines ihrer größten Organe glaubt sich schon zu dem erfreulichen Schritte berechtigt, daß dieser neue Staatssekretär einem „gesunden Modernismus“ hulde. Ah, wir haben schon ganz andere Worte gehört! Wie lebenswürdig konnte Bismarck zu den Arbeitern sprechen und wie schön er von dem Geiste „herzliche Fürsorge“ erfüllt, als er sie für seine Sozialpolitik gewinnen und von der Sozialdemokratie abziehen wollte! Dabei war er unablässig auf die Ausübung der indirekten Besteuerung bedacht, das allgemeine Wahlrecht war ihm verhaßt geworden, Normalarbeitszeit und uneingeschränktes Koalitionsrecht erschienen ihm gefährlich. Als die Alters- und Invaliditätsversicherung im Reichstage vorgelegt wurde, begründete Herr von Bütticher, der damalige Staatssekretär im Reichsamt des Innern, die Vorlage mit den Worten: „Liebet die Brüder!“ Das ging weit hinaus über Herrn von Bethmann-Hollweg. Auch der gegenwärtige Reichsminister liebt die schönen Worte und die klaffenden Zitate. Um so weniger liebt er das allgemeine Wahlrecht. . . .

Wir lassen uns von schönen Worten nicht so schnell gefangen nehmen. Gewiß würde es auch uns durchaus erfreulich sein, wenn im Reichsamt des Innern ein „gesunder Modernismus“ zum Vorschein käme. Aber so lange wir eine solche Werbung nicht aus den Thesen des neuen Staatssekretärs herleiten können, so lange glauben wir nicht daran.

Man darf nicht vergessen, daß Herr von Bethmann-Hollweg der Nachfolger des Grafen Posadowski ist. Um diesen zu hüten, hatten die preussischen Reaktionen unablässig und gefährlich gewöhnt, denn er war ihnen zu „sozialpolitisch“ geworden. In der Tat hatte sich seit der 12 000 Mark-Affäre in der Anklagenweise dieses Staatsmannes eine nicht unbedeutende Veränderung vollzogen. Das Studium der Materien, die von seiner Gelegenheitsarbeit berührt wurden, hatte ein gewisses „soziales Empfinden“ in diesem geistig hoch veranlagten Junker erweckt. Er gab sich keine Mühe, dies Empfinden zu unterdrücken, und ward darum seinen Standesgenossen bald gar sehr verhaßt. Als er vollends die Wahrheit des Wahlscheitnisses für eine sittliche Pflicht der Regierung erklärte, ward sein Sturz unvermeidlich.

Die in Preußen und dadurch im Reich so einflussreich gewordene Zunterfrage hat sicherlich erwartet, daß der Nachfolger des Grafen Posadowski sich im entgegengesetzten Geleise wie dieser bewegen würde. Tut er dies, dann kann er dazu reden was er will; tut er es nicht, dann wird er eben „stiegen“. Der rasende See der Reaktion verflucht solche Opfer unerbittlich.

Wie die schönen Worte des neuen Staatssekretärs gemeint sind, werden wir ja bald erfahren. Auch wir möchten so bald als möglich aus den Fesseln „bitterer Paragrafen“ befreit sein.

Da liegt das Vereinsgesetz dem Reichstage vor. Welche schöne Gelegenheit, an „den Menschen, wie er lebt und atmet“ zu appellieren! Wir sind ein großes Kulturvolk mit einer Fülle von glänzenden, geistigen und materiellen Leistungen; unsere Bildung steht in ihrer Gesamtheit auf der Höhe des Jahrhunderts. Wir brauchen also nicht die unwürdige und kleinliche Bevormundung durch Polizeiverordnungen, wenn wir unsere öffentlichen und gemeinsamen Angelegenheiten beraten wollen. Die alten Germanen waren nicht so gebildet wie wir, hatten keine klassische Literatur, keine Eisenbahnen und keine Telegraphen; sie betranken sich gern und schlügen gleich mit der blanten Waffe drein, aber sie bekümmerten sich für ihre Vereine und Versammlungen keiner polizeilichen Anmelde- und Genehmigungsfrage. Jawohl, man appelliere an „die humane Gefinnung der Menschen“ und verbiete nicht den Reichsangehörigen, die eine andere Sprache ererbt haben als wir, diese Sprache in öffentlichen Versammlungen zu gebrauchen!

Niemand kann die Herrschaft bitterer Paragrafen verhaßter sein als uns. Aber man ist gezwungen, die Zahl der Paragrafen noch zu vermehren. Befände bei uns eine hergebrachte und ererbte Achtung vor den natürlichen Volksrechten, wie sie andernorts besteht, dann wäre man nicht genötigt, in sorgsam ausgearbeiteten Paragrafen sich vor lebergriffen zu schützen. Speziell auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechts ist dies zur Notwendigkeit geworden. Früher hatte man den naiven Glauben, es sei am besten, wenn gar kein Vereinsgesetz bestünde. In einzelnen Meinungen war dieser Zustand vorhanden. An sich würde er auch „den Menschen, wie er lebt und atmet“, entsprechen. Aber die Polizei tut dann, was sie will, und da ist man genötigt, zu dem Mittel von Schutzparagrafen zu greifen, soweit es möglich ist.

Dies ein Beispiel möge genügen. Der Staatssekretär mit dem „gesunden Modernismus“ hätte die schöne Gelegenheit, diese seine Gefinnung zu betätigen. Aber bei dem Vereinsgesetz wird er es ganz gewiß nicht tun und bei anderen Gelegenheiten auch nicht. Er ist ein Glied des großen reaktionären Apparats, der uns regiert. Als solcher kann er den Gang des ganzen Mechanismus nicht hemmen und wenn er es dennoch versucht, wird er abgestoßen.

Nein, von den grünen Tischen der Staatssekretäre kann das Weil nicht kommen.

Die Befreiung wird uns gebracht von der wirtschaftlichen Entwicklung, welche sichtbar eine neue und höhere Stufe der Produktion vorbereitet, und von der großen sozialen Volksbewegung, die darauf gerichtet ist, dem Volke Brot und Freiheit zu erkämpfen. Schöne Worte von Staatsmännern, auch wenn sie platonisch ernst gemeint sind, sind eben nichts weiter als das!

Politische Uebersicht.

Frühe Landtagswahlen in Preußen.

Als vor einiger Zeit die Nachricht auftraf, es bestünde die Absicht, die preussischen Landtagswahlen schon im Frühherbst, statt wie sonst üblich, im Spätherbst vollziehen zu lassen, wurde diese Mitteilung von Leuten, die darauf Anspruch erheben, das politische Geschehen in Preußen zu kennen, bestritten. Jetzt wird aus dem Berliner Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung“, der auf den Hintertreppen des Reichskanzlerpalais sehr gut Bescheid weiß, angeklagt, der Landtag werde schon vor Ostern gewählt werden, und zwar wahrscheinlich am 8. April. Die noch nicht erledigten Vorlagen — neben dem Etat das Quellschuldengesetz, das Gesetz über die weitere Aufschlüsselung der Reichsrenten in Bezirken, das Gesetz über den megalischen Kanal, sowie das Polizeiverordnungs-Gesetz — können ohne Schwierigkeit bis zur zweiten Aprilwoche fertiggestellt werden.

Über die Absichten der Regierung wird dann weiter mitgeteilt: „Die Regierung beabsichtigt, sobald man jetzt hört, wenn auch bindende Beschlüsse darüber noch nicht gefaßt sind, die Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus im Frühjahr vorzunehmen und den Landtag zur ersten Session nicht, wie es seit langen Jahren die Regel war, erst im Januar, sondern schon möglichst früh im Herbst, etwa Ende Oktober, einzuberufen. Zu diesem Zwecke wird die Auflösung des Landtages notwendig, dessen Legislaturperiode nach der üblichen vom Tage seines ersten Zusammentritts an zählenden Rechnung bis zum 19. Januar 1909 dauern würde. Der neue Landtag kann während der Dauer der Legislaturperiode des alten zwar gewählt werden, aber er kann nicht zusammentreten, ehe diese Legislaturperiode durch Ablauf oder Auflösung beendet ist. Ob diese die Regierung das Abgeordnetenhaus bereits Anfang April auflösen wird oder erst zu einem späteren Termin, ist nicht bekannt. Die Verfassungsmäßigkeit muß 90 Tage nach einer Auflösung der Kammer den Reichstag zu entscheiden haben. Die Landtagswahlen im Juni, was soviel wie beabsichtigt zu sein scheint, und die Einberufung des Landtages im Juli erfolgen müssen. Es würde dann allerdings genügen, daß man den Landtag formell einberuft und dann bald wieder auf den Herbst versetzt. Man nimmt an, daß die erste Vorlage, mit der sich der Landtag im Herbst zu beschäftigen haben wird, die Erhöhung der Beamtengehälter ist.“

Nach agrarischer Seite wird ebenfalls die frühzeitige Wahl angedeutet. Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt: „Bindende Beschlüsse über den Schluß des Landtages sind allerdings noch nicht gefaßt worden. Doch der Reichstag hat sich auch vor Ostern vertagen werde, gilt als ausgeschlossen. Die Vertagung wird frühestens Mitte Mai stattfinden können, aber immer noch einige Zeit vor dem für die Landtagswahlen vorläufig ins Auge gefaßten Termin.“

Also bald nach Mitte Mai, was mit den Angaben der „Frankfurter Zeitung“ übereinstimmt. Da wird es für unsere preussischen Genossen notwendig, die Vorbereitungen für den Wahlkampf alsbald energisch in die Hand zu nehmen. Die kommenden Wahlen werden im Zeichen des Wahlschicksalskampfes vollzogen werden. Es heißt es alle Kräfte anspannen, um der Reaktion so viel wie möglich Abbruch zu tun, zugleich aber auch das unerhörte Unrecht des Dreiklassenwahlrechts in das hellste Licht zu setzen und eine Basis für den weiteren Kampf um die Beseitigung dieses Unrechts zu schaffen.

Auch ein Grund!

Der Sprachenparagraph im Reichsvereinsgesetz muß unbedingt angenommen werden, weil sonst die Rechte der Deutschen in den überwiegen polnisch sprechenden Gebieten hinlänglich gemacht werden, so behauptet die Liberalen die Zuschrift eines weisprechlichen Freimüthigen an die „Politische Zeitung“. Dieser Mann konstatiert, daß die Polenversammlungen, in denen ausschließlich polnisch gesprochen wird, recht eigentlich geheime Versammlungen seien. Der deutsch sprechende Reichsbürger, der dort auf deutschem Boden seine Heimat hat, habe wohl das Recht, in solche formell öffentlichen Versammlungen zu gehen und sich an den Verhandlungen zu beteiligen; aber da diese in einer Sprache geführt werden, die er nicht versteht, so sei er tatsächlich von diesen Versammlungen ausgeschlossen. Auf den einfachen Gedanken, daß wer sich nur die Verhandlungen in Polenversammlungen interessiert, eben Polnisch lernen muß, kommt dieser weisere Freimüthigen nicht. Was er nicht versteht, ist, es geht ein, und ging es auf offnem Marktplatz unter freiem Himmel vor!

Aber nicht nur er selbst ist, trotz seines Interesses für die politischen Angelegenheiten, so faul, die Sprache der Polen zu lernen, er hält es auch für ganz selbstverständlich und gerechtfertigt, daß die anderen Ostmarer ebenso faul sind. Er schreibt nämlich:

„Wenn wir schon nicht selbst zu den Polenversammlungen gehen, so möchten wir doch wenigstens wissen, was in solchen sogenannten öffentlichen Versammlungen gesprochen wird. Er fahren wir das nun Reineswegs! Denn auch die deutsche Presse kann über solche Versammlungen nicht was Rechtes berichten. Es berichten über die Versammlungen wohl die polnischen Zeitungen. Wie? Das entzieht sich jeder Kontrolle, und was hilft es uns Deutschen? Wir können sie ja nicht lesen. Die deutschen Korrespondenten halten, und so fehlen genügende Berichte auch in der Presse. Ist das noch Oeffentlichkeit? Die polnischen Versammlungen entziehen sich vollständig der Ueberwachung durch die deutsche Oeffentlichkeit, sie spielen sich hinter der Wand der polnischen Sprache ganz im Geheimen ab. Wir in der Ostmar, die wir uns mit den Polen auf nationalpolitischen Gebiete nicht nur, sondern auch auf wirtschaftlichen Gebiet heranzustellen müssen, wir haben gegen die Verhandlungen in den polnischen Versammlungen keine Möglichkeit, den dort vorgebrachten Verhandlungen und Beschlüssen innerhalb oder außerhalb jener Versammlungen entgegenzutreten; denn wir erfahren auf keine Weise, was dort gesprochen worden ist. Und das politische Leben soll doch in voller Oeffentlichkeit abspielen. Und nun noch eins. Wenn in einem Wahlkreise ein polnischer Abgeordneter gewählt wird, wie das in meinem Wahlkreise wiederholt geschehen ist, dann sind wir Deutschen vom Reichstage ein Fach abgehandelt. Denn unter Herr Abgeordneter spricht nur in polnischen Versammlungen in polnischer Sprache. Uns Deutschen fehlt dann jeder Zusammenhang mit ihm. Wir hören seinen Bericht nicht. Unser gutes Recht, ihm zu entgegenen, ihn zu interpellieren, geht einfach verloren. Wir haben eben keinen Abgeordneten. Ist das wohl in der Ordnung? Wir Deutschen sind in den politischen Kämpfen gegen die Polen aber wehrlos, wenn das politische Leben sich nicht in einer auch uns verständlichen Sprache abspielt.“

Die Arroganz der Ostmarer wird in dieser dreißig-näbigen Zustimmung wie die deutsche Minorität zu dumm oder zu faul sein, Politik zu lernen, müsse die polnische Majorität Deutsch sprechen. Dieser Grundgedanke, daß wir nichts hinzuzufügen brauchen. Dieser Grundgedanke zu Gefallen wird die brutale Verpeinungspolitik betrieben, die den Deutschen die Vertretung der ganzen Kulturwelt zuzieht. Und diese Leute nennen sich dann noch Freimüthigen! Ihre tun nachstimmter Vermutung eingetragene Argumentation wird für unwichtig befunden, von freimüthigen Organen in die Welt hinausposaunt zu werden. Die „Polit. Ztg.“ ist ja freilich stolz vom Polensort infiziert und hat sehr viel Zuneigung zum Palatinismus. Was soll man beim Vordringen solcher freimüthigen Stimmen in die Oeffentlichkeit noch vom Freimüthigen für die Bewahrung vor dem Sprachenzwang erwarten?

Ausländische Arbeiter und Sprachenzwang.

In bürgerlichen Wäutern ist zu lesen: zur Zeit macht sich ein großer Andrang von Arbeitern aus Südeuropa in das rheinisch-westfälische Industriegebiet bemerkbar. So trafen in diesen Tagen über 3000 italienische Arbeiter in Gruppen von 500, 700 und 400 Personen mit

Ertrag in Köln ein. Sie führen in das Industriegebiet weiter. In Bochum meldeten sich 26 Türieren als obdachlos, weil sie unterwegs ihren Führer verloren hatten; die Leute befinden sich zur Zeit in Schulpfort.

So zieht die Großindustrie immer mehr fremdländische Arbeitskräfte an sich. Gegenüber den einheimischen deutschen Arbeitern werden sie als Lohnbrüder verwendet. Und dann will das Reich noch das Recht aufheben, mit diesen Leuten in öffentlichen Versammlungen in ihrer eigenen Sprache zu reden, um sie für die Interessen ihrer eigenen Klasse zu gewinnen. Sicher ist die Verhinderung dieser für die Arbeiterinteressen unerlässlichen Aufklärungsarbeit, neben der fanatischen Polenfeindschaft, das Hauptmotiv für das Verlangen nach dem Sprachzwang. Dieß ist doch schon vor längerer Zeit, daß die rheinischen Gewerkschaften gegen die einheimischen Arbeiter dieses Attentats gegen die Rechte der Arbeiter in der Reichsversammlung nicht demerken zu werden. Je mehr die Zahl der fremdländischen Arbeiter anwächst, desto mehr wächst der Interesse der industriellen Schichtmächter am Sprachzwang. Denn der Sprachzwang verlangt immer mehr den Charakter einer Aufhebung des Koalitionsrechts. Um so schändlicher wäre es, wenn „liberale“ Politiker die Hand zu seiner Einführung bieten würden, sei es nun auf direktem oder indirektem Wege.

Verstärkung des Grenzpolizes.

Das Zentrum hat unter Führung des Abgeordneten Polrat Sped zur zweiten Lesung des Etats der Zölle und Steuern folgende Resolution eingebracht:

„Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu eruchen:

1. hinsichtlich bald durch entsprechende Änderung der Bestimmungen der Grenzpolizeordnung die Veranschlagung sämtlicher Grenzposten nach dem Etat von 1908 für 100 Kilogramm vorzuschreiben, welche zur Verwendung für Brauerei- oder Brennereizwecke geeignet oder bestimmt ist;
2. dem Zollrat M. 130 für 100 Kilogramm nur auf solche Grenze zur Anwendung zu bringen, welche in geeigneter Weise (durch Fäden u. s. w.) anlässlich der Anwendung oder nachgewiesenermaßen zu Futterzwecken verwendet werden ist;
3. zur Sicherstellung dieser Maßnahmen zu betrauen, daß die Verwendung der amtlich gekennzeichneten Grenze (Ziffer 2) zur Herstellung von Malz sowie die Verwendung solchen Malzes als Brauerei- oder Brennereizwecke unter entsprechend hohe Strafen gestellt wird.“

Der Grenzpolizist ist seinerzeit bei den Zolltarifdebatten von den Agrariern der Rechte sowohl wie des Zentrums unerhört hochgebeten worden, um die Brauerei zu treffen. Die für ihre eigenen Zwecke benötigte Futtergerste sollte aber nicht mitgetroffen werden. Und so wurde die berüchtigte Unterzeichnung zwischen Malz- und Futtergerste gemacht, die in der Praxis gar nicht durchzuführen ist und deshalb dem Zolltarif für und für immer.

Der Erhöhung des Zolles für Futtergerste, die mit der Resolution beschlüsselt aber durch nichts gerechtfertigt ist, stehen aber Handelsvertragsrechtliche Schwierigkeiten entgegen. Der Vertrag mit der österreichisch-ungarischen Handels- und Tarifvertragskommission, der das Eingangsrecht auf Grenze vom Zolltarifrecht der Ware abhängig sein soll, d. h. für große, schwere Brauerei (Getreidegewicht 65 bis 70 Kilogramm) sollen M. 4.— für „andere Gerste“, d. h. für leichte Futter- und Brennereigerste (Getreidegewicht unter 65 Kilogramm) soll M. 1,30 Zoll erhoben werden, soweit sich unter letzterer Gerste nicht mehr als 30 pzt. schwerer Gerstentypen befinden. Diese vertragsrechtlich durch gegenseitige tarifpolitische Zugeständnisse noch besonders feilgelegte Voraussetzung wurde auf intensives Drängen der süddeutschen Zentrumsagrarier bereits durchlöchernd, indem man die „andere Gerste“ durch allerlei fiktive Zollkürze vom Import fernhalten wollte. Man sollte Reichshofrat und Finanzminister, „andere Gerste“ durch allerlei Denaturierungsmaßnahmen heranzubringen, was in Deutschland weder die Zentrumsminister noch die gewerblichen Kreise, noch der Zolltarif dieser „andere Gerste“ noch ein besonderes Interesse haben sollten. Aber die Denaturierungsverfahren haben bislang versagt, was es sich um ihre Anwendung in größerem Maßstabe handelte. Dem will nun die Resolution Sped und Genossen abhelfen. Das damit die Handelsverträge verletzt werden, kümmert die Agrarier nicht, wenn sie nur ihr Interesse gewahrt sehen. In der Beziehung sind die böhmischen Gerstebauern nicht besser als die ostelbischen Agrarier.

Gehaltsverhöhungen für Offiziere.

Die Beamten im Reich und in Preußen sollen auf die so dringend notwendige Aufhebung ihrer Gehälter noch bis zum nächsten Jahre warten, weil das Reich kein Geld dazu hat, Preußen aber nicht allein vorgehen will. Wozu es aber für die Beamten nicht langt, für die Offiziere muß es da sein, denn der Militarismus kennt keine Rücksichtnahme auf die Finanzlage. Der Reichstag wird nächstens eine Vorlage über die Aufhebung der Gehälter der Neumanten, Oberleutnants und Hauptleute beschließen, es besteht die Absicht, hier mit dem Gelde der Steuerzahler sehr spendlich umzugehen, obwohl die Zeiten sicher nicht dazu geeignet sind.

Der Leutnant soll künftig ein Anfangsgehalt von M. 1500 erhalten, je nach der weiteren Dienstjahre kommt eine Alterszulage von M. 300 hinzu, bis das Höchstgehalt von M. 2100 erreicht ist. Dieses Stabium tritt also nach achtjähriger Dienstzeit als Offizier ein. Für die Oberleutnants wird ein besonderes Gehalt nicht mehr vorgezogen. In die Praxis übertragen liegt die Angelegenheit so, daß die Oberleutnants und älteren Leutnants M. 2100 Gehalt beziehen. Abgesehen vom Gehalt, haben die Offiziere noch Wohnungsgeldzulage und Servis aus, die beide nach der Größe der Garnison wechseln und nach Dienstjahre geregelt werden. Es gibt fünf Servisklassen, von denen für die Offiziere aber nur vier Geltung haben, weil die fünfte sich nur auf Orte ohne Garnison bezieht. In der höchsten Servisklasse stehen künftig ein junger Leutnant M. 2400, in der letzten M. 2031 zu. In Anbetracht des Umstandes, daß es sich hier um junge Männer, von denen die ältesten höchstens 26 Jahre alt sind, handelt, und die Vorbildung dieser Männer verhältnismäßig wenig verlohren, muß die Vergütung als sehr nobel bezeichnet werden. Man darf hier nicht vergessen, daß nur in Bayern von den Offizierskandidaten das Abolutorium eines Gymnasiums gefordert wird. Bei den Leutnants, die das vierte Offiziersdiploma hinter sich haben, werden die genannten Bezüge um M. 300 jährlich erhöht. Sie betragen also M. 2700 bzw. M. 2981. Die Oberleutnants und älteren Leutnants sollen M. 3000 bzw. M. 2981 erhalten.

Den Rückwärtigen der Gehaltsaufbesserung bekommen, wie sich von selbst versteht, jene, die gar keine Gehaltsverhöhung benötigen, nämlich die Hauptleute und Rittmeister. Die Offiziere dieser Chargen sind jetzt schon ausreichend bezahlt. Ein Hauptmann u. s. w. Klasse bezieht jetzt je nach der Servisklasse, in der seine Garnison rangiert, M. 5800 bis 4900, ein Hauptmann 2. Klasse M. 4600 bis 3700. Für die Räte eines Pferdebataillons wird außerdem das Stallverdienst gewährt. Hier wäre eine Aufbesserung gewiß nicht nötig. Sie wird aber in unglücklicher Weise geplant. Der Unterchied zwischen Hauptmann 1. und 2. Klasse soll überhaupt fallen, weil man nämlich schon die jüngsten Hauptleute künftig so besolden will, wie es jetzt die Hauptleute 1. Klasse sind. Das Anwartsgehalt für einen Hauptmann bzw. Rittmeister soll man auf M. 4000 festsetzen. Alle vier Jahre tritt eine Erhöhung von M. 600 ein, bis das Höchstgehalt im Betrage von M. 5200 erreicht ist. Demnach würde ein Hauptmann u. s. w. in dem ersten vier Dienstjahre inklusive Servis- und Wohnungsgeldzulage je nach der Garnison M. 4984 bis 5272 erhalten. Die Räte u. s. w. erhalten bis achten Dienstjahre M. 5584 bis 6472 und nach dem achten Dienstjahre M. 6184 bis 7072 in Betragt. Nimmt man an, daß der deutsche Offizier durchschnittlich mit 35 Jahren Garnison wird, so ergibt sich, daß er durchschnittlich im Alter von 35 bis 39 Jahren ein Einkommen von rund M. 5000 bis 5900 erhalten soll, im Alter von 39 bis 43 Jahren werden M. 5900 bis 6500 daraus. Vom 43. Lebensjahre an will man ihm M. 6200 bis 7100 geben. Hat ein Hauptmann in seiner Charge 3 Jahre gedient, so braucht

er nicht lange zu warten bis er Major wird. Und dahin kommt eine neue große Aufbesserung aller Bezüge.

Für die Steuerzahler hat dieses Wirtschaften mit ihrem Gelde weitere unangenehme Konsequenzen, weil die Erhöhung der Gehälter auch eine Erhöhung der Pensionen nach sich zieht.

Der Hof wird sich hier ja wieder der ihm gestellten Aufgaben würdig erweisen und — alles ermöglichen. Er erfüllen, was der Militarismus wünscht, ist natürlich eine „nationale“ Aufgabe. Solche zu lösen, hat Wilhelm der Hof ja geschaffen. Die „nationalen“ Arbeiter aber werden es zu spät inne werden, weil eine Niederdumheit sie befangen haben, als sie die „nationale“ Mehrheit schaffen halfen. Sie werden nun bitter dafür gestraft werden.

Einführung des Postverkehrs.

In Form eines Ergänzungsetats ist dem Reichstage am Montag, wie schon kurz erwähnt, eine Vorlage über die Einführung des Post-Lieferungsverkehrs- und Schiedsverkehrs zugegangen. Durch die Vorlage soll der Reichskanzler ermächtigt werden, den Post-Lieferungsverkehrs- und Schiedsverkehr einzuführen. Die Bestimmungen über die Benutzung des Verkehrs sollen vorläufig durch eine vom Reichskanzler zu erlassende Verordnung getroffen werden; die grundsätzlichen Vorschriften aber sollen später auf dem Wege der Gesetzgebung geregelt werden, und das betreffende Gesetz soll spätestens am 1. April 1914 in Kraft treten. In den Etat werden zugleich die nötigen Summen eingestellt, die für die Einführung der Änderung erforderlich sind. Bei den Ausgaben werden zum M. 120 000 mehr verlangt. Da und M. 40 000 durch die Einnahmen gedeckt werden sollen, so wird ein Zufluß von M. 80 000 erforderlich. Es sollen neun Postämter erweitert werden und zwar in Berlin, Breslau, Köln, Danzig, Frankfurt a. M., Garmisch-Partenkirchen, Hannover, Karlsruhe und Leipzig. Die Vorarbeiten dieser Postämter sollen M. 8000 bis M. 4500 Gehalt begeben.

Aus der beigegebenen Denkschrift ist über die beabsichtigte Regelung des Schiedsverkehrs folgendes zu ersehen: Bei den Postämtern kann für jeden ein Schiedsamt auf Antrag eröffnet werden. Die Kontinuität haben eine Stammeinlage von M. 100 einzusahlen, die auf dem Konto bleibt, so lange es besteht. Eine Verzinsung der auf dem Konto gebuchten Einlagen soll nicht stattfinden. Der Schied soll nicht durch Anwesenheit übertragbar sein. Es sollen folgende Gebühren erhoben werden: 1. Bei Vereinskongressen für je M. 500 oder einen Teil dieser Summe 5 s. 2. Für jede Barzahlung ein Viertel vom Tausend der auszusahlenden Beträge und außerdem eine feste Gebühr von 5 s. 3. Für jede Ueberweisung von einem Konto auf ein anderes Postkonto 3 s. 4. Bei jährlich mehr als 600 Einlagen für jede weitere Buchung eine Zuschlagsgebühr von 7 s. Die Postämter zu wählen werden Ueberweisungen sollen einzeln unentgeltlich abgegeben werden. Der Preis für Postformulare, die in Betreff zum Vertriebsgehalt werden, soll 1/2 s. für das Formular betragen; die Schiedsformulare sollen an die Kontinuität in Betreff von 50 Stück zum Preise von 50 s für das Heft abgegeben werden. Die durch den Ueberweisungs- und Schiedsverkehr eingehenden Gelder sind zinstragend anzulegen, und zwar unter Würdigung der Reichsbank. Die Reichsbank übernimmt die Verwaltung der Gelder für Rechnung und Gefahr des Reiches. Für diese Verwaltungskosten ist eine jährliche Vergütung von 4 pzt. der an sie zur zinstragenden Anlage abgeführten Summe.

Beabsichtigte Wünsche.

Die Post- und Telegraphenunterbeamten haben in einer kürzlich in Berlin veranfaßten Versammlung ihre Wünsche an den Bundesrat und Reichstag in folgender Resolution formuliert:

„Im Hinblick auf die schon seit langen Jahren bestehenden Verhältnisse und auf die daraus entzündende drückende Notlage aller Post- und Telegraphenunterbeamten 1. eine allgemeine und nachhaltige, auch der in der Zukunft mit Sicherheit zu erwartende Preissteigerung auf allen Gebieten Rechnung tragende Verbesserung der Verhältnisse mit größter Beschleunigung durchzuführen, und zwar dadurch, daß a) die Tagelöhne der Diätarier (Postboten u. s. w.) unter Berücksichtigung der zurückgelegten Militärdienstzeit auf das Besoldungsdienergehalt, auf M. 325, 350, 375 und M. 400, b) die Gehaltsstufe der Unterbeamten der Schaffmeister (Schaffner, Briefträger, Leitungsassistenten u. s. w.) von M. 900 bis M. 1500 auf M. 1200 bis M. 1800, c) die Gehaltsstufe der gebildeten Unterbeamten von M. 1400 bis M. 1800 auf M. 1500 bis M. 2200, und ferner d) die Wohnungsgeldzulage aller Unterbeamten um 50 pzt. erhöht werden; 2. die von den verbündeten Regierungen unter Zustimmung des Reichstages im vorigen Jahre in Aussicht gestellte Besoldungsvorlage so zeitig gehen zu lassen, daß dieser sie noch in seiner jetzigen Fassung möglichst bis zu Ostern verabschieden kann und 3. diese Vorlage mit größter Beschleunigung bekannt zu geben, damit die drückende Unmöglichkeit, in der sich die gesamte Unterbeamtenchaft seit langem befindet, ihr dringend notwendiges Ende findet.“

„Notleidenden“ Agrariern

auf die Strümpfe zu helfen, ist die preussische Regierung immer bereit und die Polenbeschäftigung bietet ihr einen schönen Vorwand dafür. Gegenüber einer kürzlich von der „Kölnischen Volksztg.“ gebrachten Nachricht, daß die Regierung noch in dem jetzigen Landtag eine Vorlage einbringen wolle, durch die 100 Millionen Mark für eine Finanzanleihe zur Verfügung gestellt werden, bemerkten mehrere Provinzialblätter, diese Angabe sei unrichtig. Es liegt vielmehr eine Bewilligung mit einer anderen, teils der Regierung geplanten Vorlage vor. Danach soll ein Betrag von annähernd hundert Millionen in Aussicht gestellt werden, um in den Nachbarprovinzen der Ostmar (Schlesien, Pommern und Ostpreußen) wirtschaftlich schwachen deutschen Besitzern gegenüber der Polenwanderung ihren Besitz zu erhalten, indem eine Regelung der Verschuldung ihrer Landgüter vorgenommen wird, bei der an die Stelle aller Gläubiger die Landwirtschaft mit staatlicher Unterstützung als Hypothekengläubiger unter sehr günstigen Bedingungen tritt. Es sei dies die gleiche Art der Hypothekengläubiger, wie sie in Polen und Westpreußen die Anleihekommision mit Hilfe der Gütern in Danzig und der Mittelstandsbank in Köln mit großem Erfolge durchführt. Diese Vorlage werde jedoch dem gegenwärtigen Landtag nicht mehr zugehen.

Fortschreitende Verpeinung des preussischen Volksschulwesens.

Den guten freimüthigen und Wadmenstraten, die in der Erziehung des preussischen Volksschulwesens durch ihre Hölle den Anbruch einer liberalen Aera sahen, ist die Vetezische verbergelt. Aber ganz und gar! Es stellt sich heraus, daß zwar Stud gegangen, das System aber geblieben ist. Die Verpeinung des Volksschulwesens schreitet munter fort. Die „Schlesische Schulzeitung“ macht darüber bemerkenswerte Angaben. Danach ist die Zahl der zu Kreisinspektoren im Hauptamt ernannten Theologen fast mehrere Jahren in starker Zunahme begriffen. Von den im Jahre 1895 angeordneten 16 Schulaufsichtsbeamten waren nur zwei Theologen. 1904 wurden schon sechs Theologen angeordnet, 1905 neun, 1906 zwölf, 1907 fünfzehn. Die im letzten Wintersemester im Regierungsbezirk Westfalen beordneten Stellen zu Bielefeld und Löhne. Die bisher von einem Seminarer und einem Philologen besetzt wurden, besetzte man mit ebenartigen Faktoren. Da die nebenamtliche Kreis- und Schulaufsicht der Geistlichen in vielen Fällen unzulänglich geworden ist, so richtet man eben im Einverständnis mit den Konfessionsführern und unter allerdings etwas abgelenkter Zustimmung des Zen-